

(Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 24.6.96, nach SWB, 28.6.96)

Eine Trendwende stellt auch die Abschaffung zollfreier Importe von Ausrüstungen für Unternehmen mit Auslandskapital dar. Als Reaktion auf die zum 1. April 1996 auslaufenden Zollvorteile erhöhte sich das Volumen der Investitionsprojekte mit ausländischem Kapital im 1. Quartal um 87% und erreichte 27 Mrd. US\$. (FT, 27.6.96)

Welche Bedeutung Auslandskapital als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in China hat, machte Sun Zhenyu, stellvertretender Außenwirtschaftsminister Ende Juni d.J. deutlich. So beliefen sich ausländische Investitionen im Jahre 1995 auf 16,1% des Anlagevermögens; in Auslandsunternehmen wurden 14,5% des Industrieoutputs erzeugt. Durch den Zustrom von Auslandskapital, moderner Technologie und Managementwissen hätte die Beschäftigung sowie die Staatseinnahmen erhöht werden können. In den rd. 120.000 Unternehmen mit Auslandskapital, die bereits ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen haben, sind Sun zufolge über 17 Mio. Arbeitskräfte beschäftigt. Diese Unternehmen zahlten 70 Mrd. Yuan Steuern im Jahre 1995 und trugen damit ein Zehntel zu den gesamten jährlichen Einnahmen aus der Industrie- und Handelssteuer bei. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 26.6.96, nach SWB, 28.6.96) -schü-

Das schnelle Wirtschaftswachstum ist nach Einschätzung der Lokalbehörden auf die Reform- und Öffnungspolitik zurückzuführen sowie auf die der Sonderzone Pudong in Shanghai eingeräumten Vorzugsbedingungen, durch die verstärkt Auslandskapital in die Region geströmt ist. Diese Faktoren haben den Ausbau der Infrastruktureinrichtungen in Shanghai, Jiangsu und Zhejiang beschleunigt. In den vorangegangenen fünf Jahren investierte die Region 24 Mrd. US\$ in die Infrastruktur. Im Verlauf des neuen Fünfjahresplanes wollen Shanghai, Jiangsu und Zhejiang weitere rd. 60 Mrd. US\$ für die Infrastrukturverbesserung bereitstellen.

Die mit dem Aufbau der Infrastruktur verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stellten neue Anreize für Auslandsinvestoren dar, mehr in diese Region zu investieren. Die Zahl der mit Auslandskapital genehmigten Projekte wird mit 50.000 und das Gesamtvolumen mit 80 Mrd. US\$ angegeben, das sind rd. ein Viertel der landesweiten Projekte.

Mit dem Wirtschaftswachstum ging auch eine Verbesserung der Einkommenssituation der Bevölkerung dieser Region einher. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Städter liegt mit 650 US\$ und das der Bauern mit 380 US\$ über dem landesweiten Durchschnitt. (XNA, 21.6.96)

Untersuchungen über das Konsumverhalten in den Städten Shanghai, Nanjing und Hangzhou weisen auf die Präferenzen der Konsumenten hin: Während die Städter Großbild-Farbfernsehgeräte, Stereomusikgeräte und Videokameras sowie Computer und Klimageräte ganz oben auf ihrer Einkaufsliste stehen haben, ziehen die Bauern Telefongeräte sowie Motorräder vor und sind bereit, einen Teil ihres Einkommens für den Häuserbau zu verwenden. In der ganzen Region gibt es inzwischen 35.000 Einkaufszentren; allein in Shanghai existieren 40 große Kaufhäuser mit einem jährlichen Umsatz von mehr als 100 Mio. Yuan. Attraktive Gewinnmöglichkeiten im Einzelhandel haben die japanische Einkaufskette Yaohan dazu bewogen, ihre bisherige Zentrale in Hongkong demnächst nach Shanghai in die Sonderzone Pudong zu verlegen. Eine schnelle Expansion erlebte auch die amerikanische Imbisskette Kentucky Fried Chicken, die 1990 ihr erstes Restaurant eröffnet hat und inzwischen mehr als 60 Restaurants in der Region aufweist. (XNA, 20.6.96)

Unternehmen in Shanghai wie beispielsweise die Yangtze River Economic Development Group, eine 1994 gegründete Aktiengesellschaft, sind besonders aktiv beim Aufbau von Kaufhäusern in der Region; bevorzugte Städte waren bisher Ningbo und Suzhou. Bis 1997 will das Unternehmen insgesamt 20 Kaufhäuser mit einer Verkaufsfläche von 200.000 m² und einem Jahresumsatz von fünf Mrd. Yuan gründen. (XNA, 15.6.96)

Zwischen einer Reihe von Städten in der Yangzi-Deltaregion existiert inzwischen eine relativ enge Kooperation. Dies ist insbesondere der Fall zwischen Shanghai sowie den Städten Nanjing, Zhenjiang, Wuxi und Suzhou, die 80% zum Bruttoinlandsprodukt der Provinz Jiangsu beitragen. Die Stadt Zhenjiang ist beispielsweise ein wichtiger Zulieferer für Shanghaier Unternehmen, die Markenprodukte herstellen. Ein anderes Beispiel für die Kooperation ist die gezielte Beschäftigung von Shanghaier Fachkräften in der Provinz Zhejiang. Diese Provinz hat darüber hinaus inzwischen rd. 3.000 Unternehmen in Shanghai gegründet und stellt insgesamt 200.000 Arbeitskräfte für den Bausektor in Shanghai; im Schiffstransport zwischen der Provinz Zhejiang und Shanghai soll eine große Zahl Zhejiang-er Arbeitskräfte beschäftigt sein.

Aus Shanghaier Sicht sind für die nächsten fünf Jahre rd. 100 Kooperationsprojekte mit den Nachbarprovinzen geplant, zu denen u.a. der Bau einer Äthylen-Fabrik mit einer Kapazität von 600.000 t in Pinghu, Provinz Zhejiang, zählt.

Der Ausbau des Transportnetzes in der Region macht ebenfalls Fortschritte. Eine Schnellzugverbindung zwischen der Jiangsuer Provinzhauptstadt Nanjing und Shanghai wurde zum 1. April 1996 eröffnet; eine Autobahn zwischen beiden Städten soll bis zum September fertiggestellt sein. Eine weitere Autobahn zwischen der Zhejiang-er Provinzhauptstadt Hangzhou und Shanghai soll 1998 in Angriff genommen werden. (XNA, 14.6.96)

Hinsichtlich der Energieversorgung bestehen in der Region ebenfalls ehrgeizige Pläne. So will die Provinz Zhejiang durch den Ausbau ihrer Elektrizitätskapazität zum wichtigsten Energielieferanten der Region werden. Geplant ist in diesem Zusammenhang der Bau von großen und mittelgroßen Kraftwerken mit einer Kapazität von 7,96 Mio. Ki-

Binnenwirtschaft

*(25)

Boomregion Yangzi-Delta

Die zur engeren Yangzi-Deltaregion zählenden Provinzen Jiangsu und Zhejiang sowie die Metropole Shanghai wiesen eine gemeinsame Wachstumsrate von 17% in den letzten fünf Jahren auf. Damit lag das Entwicklungstempo in dieser Region um rd. 5% höher als im Landesdurchschnitt.

Auf diese engere Yangzi-Deltaregion entfallen zwar nur zwei Prozent der Gesamtfläche, jedoch zehn Prozent der Bevölkerung. Mit einem Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 130 Mrd. Yuan im Jahre 1995 trug die Region mit 19% zum gesamten nationalen Sozialprodukt bei.

lowatt, die in der Periode 1996-2000 bereitgestellt werden soll, sowie die umfangreiche Ausweitung des Elektrizitätsnetzes um 950 km für Elektrizitätsübertragung von 500 Kilovolt und 2.850 km von 220 Kilovolt. Ende 1995 verfügte die Provinz über eine Elektrizitätskapazität von rd. 10 Mio. Kilowatt, die eine Leistung von 40,8 Mrd. kWh erzeugte. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 6.6.96)

Chinesischen Berechnungen zufolge könnte die Yangzi-Deltaregion bei einer Fortsetzung des hohen Wirtschaftswachstums in ca. zwanzig Jahren das Entwicklungsniveau der Industriezone am Rhein bzw. der Industriezone an der Bucht von Tokyo erreichen und würde dann von noch größerer Bedeutung für das gesamtwirtschaftliche Entwicklungstempo Chinas sein. (XNA, 21.6.96) -schü-

*(26)

Hohe Verschuldung der Unternehmen erschwert weiterhin die Bankreform

Trotz gewisser Erfolge bei der Reform des Finanzsystems sieht sich China noch vielfältigen Problemen bei der Umstrukturierung der Banken gegenüber. Da der Wandel des Wirtschaftssystems in eine Marktwirtschaft noch in den Anfängen steckt, ist der Unterschied zwischen dem Finanzsystem Chinas und dem seiner meisten Handelspartner extrem groß. Chinesische Banken erreichen beispielsweise nicht die Minimum-Standards für internationale Finanzinstitute nach den Bestimmungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (Bank for International Settlement = BIS). Die von der Bank festgelegten Anforderungen hinsichtlich der Eigenkapitalquote werden bei weitem nicht erreicht. Auch die praktizierte Sorgfaltspflicht entspreche nicht den internationalen Gepflogenheiten, obwohl die Bank of China in diesem Bereich durchaus Fortschritte aufzuweisen habe.

Aus der folgenden Tabelle werden die niedrigen und überwiegend seit 1989 sinkenden Eigenkapitalquoten ersichtlich. BIS-Standards entsprechend sollte die Eigenkapitalquote mindestens bei 8% liegen. Die großen chinesischen Staatsbanken wiesen 1994 jedoch eine Quote zwischen 2,8 bis 4,4% auf.

Entwicklung der Eigenkapitalquoten (in Prozent)

Jahr	ICBC	ABC	BOC	PCBC
1989	6,5	6,3	5,4	7,3
1990	5,9	5,4	5,0	6,2
1991	5,7	4,7	4,8	5,1
1992	4,9	4,0	4,5	4,5
1993	4,4	3,0	5,2	3,3
1994	3,3	3,6	4,4	2,8

Quelle: *Almanac of China's Finance and Banking*, 1995, nach FT, 27.6.96

Dem Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong zufolge, steht die Verschuldung der Staatsbetriebe im Zentrum der Probleme im Finanzsektor. Dai wies bereits im Vorjahr darauf hin, daß 20% der Kredite der vier großen Spezialbanken als "Problemkredite" betrachtet werden müßten; zwei Prozent seien nicht mehr rückholbar. (FT, 27.6.96) Dies sei eine Erblast der Banken, die die Umsetzung der Reform erschwere.

Der *Financial Times* zufolge ist die genaue Erfassung dieser Problemkredite deshalb schwierig, weil China keine internationalen Standards bei der Klassifizierung der Schulden anwende. Unabhängigen Schätzungen zufolge beträgt das Volumen der zweifelhaften oder faulen Kredite 20-30% des gesamten Kreditvolumens der großen staatlichen Banken. Ein Abbau dieser Kredite sei erst nach einem längeren Zeitraum zu erwarten. Letztlich müsse die Regierung jedoch damit rechnen, einen großen Teil dieser Schulden abzuschreiben und sich gleichzeitig für die Sanierung der Banken zu engagieren.

Die angestrebte Kommerzialisierung der Banken bis zum Jahre 2000 durchzuführen, wird nach Einschätzung ausländischer Experten einerseits aufgrund des Schuldenproblems und andererseits aufgrund der Dominanz der staatlichen Banken im Finanzsektor, die 80% des Bankengeschäfts bestimmen, schwierig werden. Auch seien organisatorische Reformen der extrem großen Banken erforderlich. Die Industrie- und Handelsbank sowie die Landwirtschaftsbank wiesen jeweils ca. 500.000 Beschäftigte und je rd. 50.000 Niederlassungen bzw. Zweigstellen auf. Notwendig werde nach Ansicht von Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF) auch ein intensiver Lernprozeß, der sowohl Offenmarkttransaktionen betreffe als

auch mit der erforderlichen Liberalisierung der Zinssätze notwendig werde. Dem IWF zufolge seien für die erfolgreiche Durchführung von Offenmarkttransaktionen noch einige Voraussetzungen zu schaffen. Hierzu zähle die Beschleunigung der Reform des Buchführungssystems einschließlich der vollständigen Buchung von Staatsanleihen. (FT, 27.6.96) -schü-

*(27)

Weltbank fordert Beschleunigung der Reform von Staatsunternehmen

In ihrer neuesten China-Studie mit dem Titel "The Chinese Economy: Fighting Inflation, Deepening Reform" weist die Weltbank auf die Notwendigkeit hin, die Reform der staatseigenen Unternehmen zu beschleunigen. Viele Staatsunternehmen arbeiteten nach wie vor ineffizient und seien nicht konkurrenzfähig gegenüber anderen inländischen sowie ausländischen Unternehmen. Dadurch behinderten sie das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Weltbank sieht zwar durchaus die Fortschritte bei der Reduzierung der offenen Subventionen für die Staatsunternehmen, deren Umfang von 7,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1992 auf 3,9% im Jahre 1994 reduziert werden konnte. Allerdings würden oftmals versteckt Subventionen aus den Haushalten der Lokalregierungen gezahlt, die einen Großteil der staatseigenen Unternehmen kontrollierten. Nach wie vor erhielten auch die staatseigenen Unternehmen, die hohe Verluste machten, Umlaufkapital. Ein indirektes Indiz hierfür sieht die Weltbank im Anstieg der Löhne in den staatlichen Verlustunternehmen, der nur wenig unterhalb des Lohnanstiegs in gewinnbringenden Unternehmen im Jahre 1995 war.

Löhne und Produktivität in den staatseigenen Unternehmen (Prozentuale Veränderungen Januar-September 1994 bis 1995)

	Lohnanstieg	Anstieg der Arbeitsproduktivität
Gewinnunternehmen	22,6	18,0
Verlustunternehmen	21,3	2,1

Quelle: Weltbankbericht, siehe oben, S. 18.

Der Bericht geht weiterhin auf verschiedene lokale Experimente mit der Unternehmensreform ein und macht anschließend eigene Vorschläge. Hierzu zählen u.a. die Einführung eines modernen Buchhaltungssystems, da Verbesserungen im Unternehmensmanagement nur auf der Grundlage richtiger Informationen erfolgen könnten. Weiterhin sei die Trennung von Management- und Eigentumsfunktion von herausragender Bedeutung, eine Aufgabe, die besonders schwer in China sei, da die Regierung beide Funktionen übernommen habe. Von zentraler Bedeutung sei weiterhin die Auslagerung von sozialen Verpflichtungen hinsichtlich Renten-, Kranken- und anderen Formen der sozialen Absicherung. Notwendig seien auch stärkere Anreize für eine Steigerung der Effizienz. Die Weltbank unterstützt ebenfalls das Programm der chinesischen Regierung, die rd. 90.000 kleinen staatseigenen Unternehmen zu verkaufen, zu verpachten oder zu fusionieren. -schü-

*(28)

Ausweitung der städtischen Einkommensunterschiede

In einer Untersuchung über die Einkommensentwicklung kommt das Staatliche Statistikamt zu dem Ergebnis, daß die wachsenden Einkommensunterschiede bisher noch nicht reduziert werden konnten. Die Besteuerung als Instrument der Angleichung von Einkommensunterschieden einzusetzen, sei aufgrund der Defizite im Steuersystem, insbesondere aufgrund der lückenhaften Steuergesetzgebung sowie verbreiteter Steuerumgehung, nur sehr begrenzt möglich.

Im Jahre 1995 vergrößerte sich der Abstand zwischen den reichsten 10% der Haushalte und den ärmsten 10% um das Vierfache. Von den städtischen Haushalten waren 41% mit einem Rückgang ihrer Realeinkommen konfrontiert. Im Durchschnitt betrug der Einkommensanstieg der städtischen Einkommen jedoch real noch 4,9%.

In den Städten zählten 3,8% der Haushalte 1995 mit einem Jahreseinkommen von weniger als 5.000 Yuan zu den ärmsten Einkommensschichten. In die zweite Einkommenskategorie fallen rd. 36% der städtischen Haushalte, die ein jährliches Einkommen von unter 10.000 Yuan aufweisen. Dem Statistikamt zufolge lebten die meisten dieser Familien in kleineren Städten, in denen zahl-

reiche staatliche Verlustunternehmen existierten; auch verfügten diese Familien über keine zusätzlichen Einkommensquellen.

Zu der dritten Einkommenskategorie zählten die rd. 50% der Haushalte, die zwischen 10.000 bis 20.000 Yuan verdienen. Diese Familien sind dem Bericht nach hauptsächlich in mittelgroßen und großen Städten und insbesondere in den Küstenprovinzen zu finden. Ca. 6,8 Mio. Haushalte oder 8% fielen mit einem Einkommen von jährlich 100.000 Yuan und mehr in die höchste Einkommenskategorie.

In einer anderen Untersuchung, die von der Beijing-Universität durchgeführt wurde, werden die Einkommensunterschiede am Beispiel der Bevölkerung in der Hauptstadt Beijing deutlich. Die Untersuchung wurde im Dezember 1995 durchgeführt und umfaßte eine Gruppe von 916 Personen in acht Bezirken, die nach Zufallsverfahren ausgewählt wurde. Bei der Untersuchung stand jedoch nicht das Haushaltseinkommen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen im Mittelpunkt.

Ein Ergebnis der Untersuchung ist, daß 18% der befragten Personen weniger als 500 Yuan im Monat verdienen. Der Befragung zufolge hatten nur 7% der Personen eine Nebenbeschäftigung; die Hälfte dieser Gruppe verdiente hierdurch weniger als 340 Yuan. Das monatliche Familieneinkommen betrug bei 75% der befragten Personen weniger als 2.000 Yuan; dieser Verdienst liegt unterhalb des Einkommensdurchschnitts. Als Ursachen der Einkommensunterschiede nennt die Untersuchung insbesondere Alter der Personen sowie deren Bildungsniveau. (XNA, 14.6.96) -schü-

*(29)

Weißbuch zum Umweltschutz

Anfang Juni veröffentlichte die Xinhua Nachrichtenagentur das Weißbuch zum Umweltschutz, das vom Informationsbüro des Staatsrats herausgegeben wurde. Offizieller Anlaß war der internationale Umwelttag, der auf den 5. Juni fiel. Das Weißbuch ist in folgende sieben Abschnitte aufgeteilt:

1. Implementation einer Strategie der nachhaltigen Entwicklung
2. Schrittweise Verbesserung des rechtlichen Rahmens und der Administration

3. Vorbeugung und Kontrolle der industriellen Umweltverschmutzung und umfassende Verbesserung der städtischen Umweltbedingungen
 4. Bodenverbesserungen und ländlicher Umweltschutz
 5. Schutz der ökologischen Umwelt und Artenvielfalt
 6. Umweltwissenschaft und -technologie, Öffentlichkeit und Erziehung
 7. Förderung der internationalen Kooperation
- Schlußbemerkungen

Das Weißbuch weist eingangs nochmals auf den Beschluß des 8. NVK von März 1996 über den 9. Fünfjahresplan und den Langfristplan bis zum Jahre 2010 hin, die explizit eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung für die wirtschaftliche Modernisierung zugrunde legen.

Weiterhin werden im Weißbuch die wichtigsten Gesetze und Bestimmungen genannt, die in den letzten Jahren verabschiedet wurden. Die Festlegung von Umwelt-Standards, deren Zahl bis Ende 1995 auf 364 anstieg, wird als ein großer Fortschritt genannt. Weiterhin führe China seit vier Jahren landesweite Untersuchungen zur Umsetzung der Umweltsetze durch.

Neben einer Reihe von Einzelprojekten zur Kontrolle der industriellen Verschmutzung nennt das Weißbuch u.a. folgende landesweite Erfolge im Umweltschutz:

- Während des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) konnte der Energieverbrauch, gemessen in je 10.000 Yuan Bruttoinlandsprodukt, von 5,3 t Standardkohleeinheiten (SKE) im Jahre 1990 auf 3,94 t SKE reduziert werden. Hierdurch seien Einsparungen von 358 Mio.t SKE möglich gewesen.

- Der Anteil des behandelten industriellen Abwassers der Unternehmen (oberhalb der Kreisebene) erreichte 1995 76,8%.

- Rauch- und Staubemissionen bei der Verbrennung von Brennstoffen konnten zu 88,2% entfernt werden.

- In Produktionsprozessen konnten 68,9% der Abgase gereinigt werden.

Das Weißbuch nennt Kohle als wichtigste Quelle der Primärenergie, die gleichzeitig mit 70% an den Rauch- und Staubemissionen und mit 90% an den

Schwefeldioxidemissionen beteiligt ist. Städte mit hoher Konzentration von Industrie und Bevölkerung litten vor allem unter schwerer Luftverschmutzung. Saurer Regen trete auf, und in manchen Regionen und Städten habe sich die Situation deutlich verschlechtert.

Als Gegenmaßnahmen der Regierung weist der Bericht auf die Einführung von sauberen Technologien für die Kohlenutzung, die Einführung von Bußgeldern für umweltverschmutzende Unternehmen sowie die Kontrolle des sauren Regens hin. Weiterhin hätten bis Ende 1995 alle Städte eigene Umweltpläne ausgearbeitet. (XNA, 5.6.96)

Während die im Weißbuch genannten "Erfolge" nur schwer einzuordnen sind, belegen andere Untersuchungen das Ausmaß der wirtschaftlichen Verluste, die durch Umweltverschmutzung entstehen. (Siehe hierzu u.a. Vermeer, Eduard B. (1995), "An Inventory of Losses due to Environmental Pollution: Problems of Sustainability of China's Economic Growth", in: *China Information*, Vol. X, No. 1, S. 19-50.)

Auch Xie Zhenhua, Direktor des Staatlichen Umweltschutzamtes, weist in seinem Umweltbericht 1995 auf eine weiterhin "schwerwiegende Verschwendung von Ressourcen, Umweltverschmutzung und Verschlechterung der natürlichen Umwelt" hin. Ursächlich sei der Bevölkerungsdruck, das schnelle Wirtschaftswachstum sowie ein niedriges Technologie- und Managementniveau. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 3.6.96, nach SWB, 5.6.96)

Xie kündigte an, daß die rd. 20 Mio. ländlichen (nicht-landwirtschaftlichen) Unternehmen erstmals Ende 1996 hinsichtlich ihrer Umweltstandards untersucht würden. Die Untersuchung wird gemeinsam vom Landwirtschafts- und vom Finanzministerium, vom Staatlichen Statistikamt sowie von der Umweltschutzbehörde durchgeführt.

Xie zufolge wurden in den jährlichen Untersuchungen zur Umweltsituation, die seit 1989 durchgeführt werden, bisher die ländlichen Unternehmen nicht einbezogen; nur Unternehmen auf Kreisebene und oberhalb der Kreisebene sind in dem Bericht erfaßt. Andererseits tragen die ländlichen Unternehmen inzwischen besonders stark zur Umweltverschmutzung bei. (XNA, 18.6.96) -schü-

Taiwan

*(30)

Regierungsumbildung: "Neuer Wein in alten Schläuchen"

Am 10. Juni wurde wieder einmal das Personalkarussell gedreht. Von den insgesamt 40 Regierungsmitgliedern wurden zwar 22 neubesetzt, aber es handelt sich dabei in erster Linie um Postenverschiebungen; nur einige sind aus der Regierung ausgeschieden. Zum neuen Innenminister wurde Lin Fengzheng (Lin Fong-cheng) ernannt, der vorher Vizegouverneur der Provinz Taiwan war. Zhang Xiaoyan (John Chang), vorher Vorsitzender des Komitees für auslandschinesische Angelegenheiten, löste Qian Fu (Frederick Ch'ien) als Außenminister ab. Der neue Finanzminister heißt Qiu Zhengxiong (Paul Chiu), vorher Vizegouverneur der Zentralbank; sein Vorgänger Lin Zhenguo (Lin Chen-kuo) wurde zum Minister ohne Portfeuille ernannt. Als Bildungsminister löste Wu Jing (Wu Jin), vorher Präsident der Nationalen Chenggong (Ch'engkung) Universität, Guo Weifan (Kuo Wei-fan) ab. Liao Zhenghao (Liao Cheng-hao) übernahm das Justizressort von Ma Yingjiu (Ma Ying-jeou), der das Amt eines Ministers ohne Portfeuille erhielt. Liu Zhaoxuan (Liu Chao-shiuan) wechselte seine Stellung als Verkehrsminister zum Vorsitzenden des Komitees für Wissenschaften; zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Vizeverkehrsminister Cai Zhaoyang (Tsai Jaw-yang) befördert. Das vom neuen Außenminister Zhang Xiaoyan hinterlassene Amt des Vorsitzenden des Komitees für auslandschinesische Angelegenheiten übernahm Zhu Jiyong (James Chu), der bisher Vizegeneralsekretär der Regierungspartei KMT (Kuomintang) war. Zhang Jingyu (Chang King-yuh), vor einigen Monaten bereits zum Vorsitzenden des Komitees für die Angelegenheiten des (chinesischen) Festlands ernannt, gab jetzt den Posten eines Ministers ohne Portfeuille in Personalunion auf. Drei andere Minister ohne Portfeuille, Wang Zhaoming (Wang Chou-ming), Huang Shicheng (Huang Shih-ch'eng) und Sun Zhen (Sun Chen) sind aus der Regierung ausgeschieden. Zu neuen Ministern ohne Portfeuille wurden Yang Shijian (Yang Shih-chien, vorher Vizewirtschaftsminister), Ye Jinfeng (Yeh Chin-fong, vorher Vizevorsitzende des

Komitees für die Angelegenheiten des Festlands) und Cai Zhengwen (Tsai Cheng-wen, vorher Professor an der Nationalen Taiwan-Universität) ernannt.

Unverändert geblieben sind die Ämter von Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan), Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh), Verteidigungsminister Jiang Zhongling (Chiang Chung-ling), des Vorsitzenden des Komitees für die Angelegenheiten der Mongolei und Tibets, Li Hougao (Lee Hou-kao), der Ministerin ohne Portfeuille, Guo Wanrong (Shirley W.Y. Kuo), sowie des Generalsekretärs der Regierung (Exekutiv Yuan), Zhao Shoubo (Chao Shou-po). Das Amt des Regierungssprechers (Direktor des Presseamtes) wurde mit Su Qi (Su Ch'i) neubesetzt. Sein Vorgänger Hu Zhiqiang (Jason C. Hu) wurde zum Vertreter Taiwans in Washington ernannt. (Zu weiteren Amtsveränderungen siehe die neue Regierungsliste in den Monthly Data von Taiwan in diesem Heft.)

Nach Artikel 55 der Verfassung der Republik China wird der Ministerpräsident (Präsident des Exekutiv Yuan) vom Staatspräsidenten mit der Zustimmung des Legislativ Yuan (Parlament) ernannt. Ferner soll das Kabinett (Exekutiv Yuan) traditionell und gemäß der Verfassungsauslegung der "Großrichter-Konferenz" (*dafaguan huiyi*) jedesmal nach der Parlaments- und der Präsidentschaftswahl erneuert werden. Infolge der neuen Zusammensetzung des Legislativ Yuan nach den Wahlen im letzten Dezember trat Ministerpräsident Lian Zhan am 25. Januar d.J. formell zurück und im Februar wurde er von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) mit der Zustimmung des Legislativ Yuan wieder zum Ministerpräsidenten ernannt. Nachdem Li und Lian im März d.J. zum neuen Präsidenten bzw. Vizepräsidenten gewählt und am 20. Mai vereidigt worden waren, reichte Lian wieder formell einen Antrag zum Rücktritt vom Amt des Ministerpräsidenten bei Präsident Li ein. Der Antrag wurde abgelehnt und Lian weiter mit der Regierungsbildung beauftragt. Dieses Manöver stieß auf heftigen Widerstand des Legislativ Yuan. Mit 80 gegen 65 Stimmen hat das Haus am 11. Juni eine Resolution verabschiedet, in der die Zustimmung des Legislativ Yuan zum Verbleib Lians als Ministerpräsident gefordert wird. Nicht nur die Abgeordneten der Opposition, sondern auch ein Teil der Abgeordneten der Regierungspartei stimmten für die Resolution.